

Unser grundlegender Einwand gegen den Entwurf einer Plattform der Gewerkschaftslinken

Die im Plattformentwurf formulierten Positionen sind weitgehend akzeptabel, auch wenn man über dieses oder jenes streiten kann. Unsere entscheidende Kritik betrifft jedoch das, was nicht drin steht, was fehlt. Rein ökonomische Forderungen reichen für eine Plattform der Gewerkschaftslinken nicht aus!

Müssen wir hier wirklich begründen, dass und warum der unbedingt nötige Kampf gegen die Nazis zu den ureigensten Aufgaben aller linken GewerkschafterInnen gehört und von diesen gemeinsam mit den Antifas mit aller Konsequenz und Härte geführt werden muss?

Der reale Angriff der Nazis auf der Straße ist Realität für alle Teile der Bevölkerung in Deutschland, die nach Ansicht der Nazis „undeutsch“ sind. Hier ist die entschiedene Solidarität aller fortschrittlichen GewerkschafterInnen gefordert. Attacken von Nazis auf GewerkschafterInnen wie z.B. in Hamburg-Elmshorn (Nazi-Anschläge auf das IG-Metall-Büro, Morddrohungen gegen IG-Metaller) bestätigen aktuell, dass die Nazis Todfeinde der fortschrittlichen Gewerkschaftsbewegung sind.

Müssen wir hier wirklich begründen, dass und warum der Kampf gegen jegliche Diskriminierung und Unterdrückung von Menschen ohne deutschen Pass zu den ureigensten Aufgaben aller linken GewerkschafterInnen gehört und von diesen gemeinsam mit fortschrittlichen Asyl-Gruppen, antirassistischen Initiativen und vor allem auch den Organisationen der Betroffenen geführt werden muss?

Die Entrechtung der KollegInnen aus anderen Ländern durch Zuzugsbeschränkungen, die Repressionen gegen Menschen ohne deutschen Pass, insbesondere auch die Ausweisung von „illegalen“ ArbeiterInnen, der staatliche Abschiebungsterror gegen Flüchtlinge, denen Misshandlung, Folter, ja Ermordung droht – das alles ist tagtägliche Realität in Deutschland. Dies geht einher mit Kampagnen deutsch-nationalistischer Hetze, die sich einmal gegen „Türken“, ein andermal gegen „Polen“, dann wieder mehr gegen „Asylanten“ usw. richtet. Von besonderer Bedeutung ist dabei, dass die Hetze und Verfolgung auch mit Hilfe der reaktionären Gewerkschaftsführung und ihres Apparates durchgeführt wird (z.B. Razzien gegen „Illegale“ auf Baustellen unterstützt durch die IG BAU-Führung). An die Entwicklung einer fortschrittlichen Arbeiterbewegung, an das Erstarken einer wirklichen Gewerkschaftslinken ist gar nicht zu denken ohne die tatkräftige Solidarität mit den „Verdammten dieser Erde“, ohne den gemeinsamen Kampf gegen das „Damoklesschwert der Ausweisung“ (Karl Liebknecht, 1907), gegen jegliche Form der nationalistisch-chauvinistischen und rassistischen Hetze, Entrechtung und Diskriminierung in Deutschland.

Müssen wir hier wirklich begründen, dass und warum es völlig falsch wäre, für eine „Arbeitsteilung“ einzutreten in der Art: „die GewerkschafterInnen kümmern sich um die unmittelbaren wirtschaftlichen Forderungen“, „die Antifas kümmern sich um den Kampf gegen die Nazis“, „die Asyl-Initiativen kümmern sich um die Flüchtlinge“, „die Anti-Militaristen um den Kampf gegen den Krieg“ usw.?

Der Unsinn einer solchen Vorstellung zeigt sich besonders deutlich an dem Vormarsch der Nazis nicht nur in den Parlamenten, sondern gerade auch auf der Straße in letzter Zeit. Dramatische Realität in den letzten zwei Jahren ist dabei gerade auch, dass bei Demonstrationen gegen Sozial-

raub, gegen Hartz IV, deutlich und offen Nazi-Kräfte in diese Demonstrationen drängen und teilweise sogar unter Polizeischutz mitmarschieren und mehr und mehr Einfluss auf das Geschehen nehmen. Das wäre vor einigen Jahren noch nicht vorstellbar gewesen. Die Reaktion und gerade auch die Nazis als äußerste Reaktion sind zunehmend bemüht, mit nationalistischer Hetze und Ablenkungsmanövern („Fremdarbeiter sind schuld“, „die ausländischen Heuschrecken sind schuld“...) die „soziale Frage“ zu „besetzen“. Ohne umfassenden Kampf dagegen können sich die Ansätze einer fortschrittlichen Gewerkschaftsbewegung nicht entwickeln. Hier haben Antifa und GewerkschafterInnen eine große und unverzichtbare gemeinsame Aufgabe.

Von alledem ist im Plattformentwurf nichts zu finden. Das halten wir für katastrophal und ist keinesfalls zu akzeptieren. Der Plattformentwurf fällt damit auch weit zurück hinter das, was in Positionspapieren einzelner, sich zur Gewerkschaftslinken zählender Gruppen schon mal formuliert worden ist. Das „Forum Kölner GewerkschafterInnen mit BISS“ zum Beispiel benennt einige der grundlegenden Aufgaben, welche linke GewerkschafterInnen unbedingt anpacken und wofür sie sich einsetzen müssen:

- „kämpferisches Sprachrohr (sein) für alle Unterdrückten und Ausgebeuteten“;
- „offene Türen in Gewerkschaftshäusern und Betriebsratsbüros für Flüchtlinge“;
- „gleicher Lohn und gleiche Arbeitsrechte für Nicht-Deutsche“;
- „Parteinahme für die KollegInnen in anderen Ländern, für kämpfende Belegschaften, für anti-rassistische und anti-militaristische Bewegungen überall auf der Welt“;
- „aktive Politik gegen imperialistische Kriege“;
- „Mut und Radikalität“ bei der antifaschistischen Gegenwehr.
(Siehe Selbstdarstellung des „Forum Kölner GewerkschafterInnen mit BISS“ unter: labournet.de/Gewlinke/fkg.html).

★ ★ ★

Halten wir fest, was unserer Meinung nach zum MINIMUM der Plattform der Gewerkschaftslinken gehört:

Ureigenste Sache linker GewerkschafterInnen muss es sein, gemeinsam mit Antifas/AntirassistInnen, Flüchtlingen, den „illegalen“ ArbeiterInnen aus anderen Ländern, ja allen vom staatlichen Abschiebungsterror, von deutsch-chauvinistisch-rassistischer Diskriminierung und Entrechtung, vom tagtäglichen Nazi-Terror Betroffenen zu kämpfen

★ **Gegen den tagtäglichen Nazi-Terror**

★ **Für das Recht auf politisches Asyl für die von Imperialismus und Reaktion Verfolgten!**

★ **Gegen jede Einwanderungsbeschränkung, gegen alle „Sondergesetze“ und Beschränkungen gegen Menschen ohne deutschen Paß!**

★ **Für die gleichen Rechte aller in Deutschland lebenden und unterdrückten Menschen!**

★ **Gegen den deutschen Nationalismus/Chauvinismus und Rassismus!**

Kontakt: GewerkschafterInnen/Antifa Gemeinsam gegen Dummheit und Reaktion
c/o Infoladen Bremen, St. Pauli Str. 10-12, 28203 Bremen, oder email: gewantifa@yahoo.de

Unsere bisherigen Flugblätter sind auch nachzulesen im internet unter:
www.labournet.de/diskussion/rechten/gewantifa.html